

Kleine Anfragen für die Fragestunde

Abgeordnete Christian Meyer, Miriam Staudt, Imke Byl, Anja Piel, Dragos Pancescu, Stefan Wenzel, Meta Janssen-Kucz, Detlev Schulz-Hendel und Eva Viehoff (Bündnis 90/Die Grünen)

Wird wieder, das laut WHO „wahrscheinlich krebserregende“, Glyphosat auf Spielplätzen, Gleisen, Parks und Sportstätten in Niedersachsen ausgebracht?

Auf Spielplätzen, Parks, Sportstätten, öffentlichen Wegen und befestigten Plätzen dürfen Pestizide nur mit Einzelfallgenehmigung durch die Landwirtschaftskammer Niedersachsen eingesetzt werden. Das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hatte die Landwirtschaftskammer Niedersachsen im Mai 2015 per Erlass angewiesen, „bis auf Weiteres keine Genehmigungen für die Anwendung glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel auf Nichtkulturland“ mehr zu erteilen. Auch andere Bundesländer folgten dem niedersächsischen Beispiel und viele Kommunen erklärten sich für „pestizidfrei“. Vor 2015 gab es ca. 600 Ausnahmegenehmigungen nach § 12 Pflanzenschutzgesetz pro Jahr auf öffentlichen Flächen.

Laut Drucksache 18/1347 zum Insektensterben wird angedeutet, dass in einzelnen Fällen wieder Genehmigungen für Pestizideinsätze auf öffentlichen Flächen erteilt werden.

In der HAZ vom 14.8.2018 erklärte Umweltminister Olaf Lies angesichts des Glyphosat-Urteils in den USA: „Die Akzeptanz für den Einsatz von Glyphosat ist hiermit endgültig verschwunden.“ Bereits am 28.11.2017 kritisierte Umweltminister Olaf Lies per Pressemitteilung die Verlängerung der Zulassung von Glyphosat in der EU:

„Aufgrund der Zweifel an der Sicherheit des Mittels solle schon allein aus Vorsorgegründen gegenüber Menschen, Tieren und der Umwelt auf seinen Einsatz verzichtet werden. Wir fordern ein klares Verbot von Glyphosat in Deutschland - möglichst vor Ablauf der Fünfjahresfrist. Das Problem muss jetzt angefasst werden. Es ist dringend geboten, die immer wieder geäußerten Sorgen der Menschen vor gesundheitlichen Auswirkungen ernst zu nehmen. Gemeinsam mit der Landwirtschaft müssen wir an Alternativen zum Einsatz von Glyphosat arbeiten. Dabei geht es auch um den Erhalt der Artenvielfalt, unsere Insektenbestände, den Vogelschutz und die Nahrungsmittelproduktion.“ (PM des MU vom 28.11.2017)

In der NWZ vom 14.12.2017 forderte Umweltminister Lies ebenfalls den „Ausstieg aus Glyphosat“ und kritisierte den hohen Glyphosateinsatz bei der Deutschen Bahn. Im Sommerinterview in der Neuen Presse vom 18.6.2018 sagte Olaf Lies auf die Frage:

Bei der Debatte um Umweltschutz ist Glyphosat ein großes Thema. Die Bahn meint, auf Glyphosat nicht verzichten zu können.

Olaf Lies: „Spannend! Eine mögliche Lösung liefern wir hier aus Hannover. Das Laserzentrum Hannover testet eine Anlage für die Landwirtschaft. Da wird Unkraut mit Laserlicht vernichtet. Das ginge auch an Zügen. Aber das alles rechnet sich natürlich nicht, solange es noch das billige Produkt Glyphosat gibt.“

Neue Presse: Das heißt, man muss die Menschen zu ihrem Glück zwingen?

Olaf Lies: Immer, das wissen wir doch von uns selbst (lacht)! Natürlich hat die Industrie in Deutschland in den vergangenen Jahren über hohe Umweltauflagen geklagt, aber unsere Industrie ist damit ziemlich erfolgreich. Andere Länder haben diese Vorschriften oft später, bei der Einführung ist das dann ein Vorteil für die Produkte aus Deutschland.

In Drucksache 18/244 erklärt die Landesregierung, dass seit dem Regierungswechsel die „partielle Anwendung glyphosathaltiger PSM für Gleisanlagen und Anlagen des schienengebundenen Verkehrs unter strengen Auflagen wieder genehmigt“ wird.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Ausnahmegenehmigungen nach §12 Pflanzenschutzgesetz wurden seit 22.11.2017 auf Nichtkulturland erteilt (bitte nach Kommune, Bahnunternehmen, Anwendungsgrund und Flächenumfang aufschlüsseln)?
2. Vor dem Hintergrund, dass viele Kommunen und auch Verkehrsunternehmen wie die ÜSTRA seit Jahren ohne Glyphosat auskommen, fragen wir die Landesregierung, warum das Land wieder Glyphosat-Anwendungen genehmigt?
3. Teilt die gesamte Landesregierung die o.g. Presseaussage von Umweltminister Olaf Lies: *„Aufgrund der Zweifel an der Sicherheit des Mittels solle schon allein aus Vorsorgegründen gegenüber Menschen, Tieren und der Umwelt auf seinen Einsatz verzichtet werden“*?